

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 57. Ratssitzung vom 10. Juli 2019

### 1505. 2019/174 Weisung vom 08.05.2019: Finanzverwaltung, Nachtragskredite I. Serie 2019

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2019 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Nachtragskredite I. Serie bewilligt:

<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>Betrag</b>
1. Nachtragskredite	19 896 000
2. Kreditübertragungen	+15 156 700 -16 559 200
<b>Nachtragskredite brutto</b>	<b>18 493 500</b>

<b>Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen</b>	<b>Betrag</b>
1. Nachtragskredite	49 496 400
2. Kreditübertragungen	+9 894 900 -8 492 400
<b>Nachtragskredite brutto</b>	<b>50 898 900</b>

<b>Investitionsrechnung Finanzvermögen</b>	<b>Betrag</b>
1. Nachtragskredite	250 000
2. Kreditübertragungen	-
<b>Nachtragskredite brutto</b>	<b>250 000</b>

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

<b>in der Erfolgsrechnung</b>	<b>Betrag</b>
- den Nachtragskrediten von	19 896 000
- den Kreditübertragungen von	+15 156 700
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
- verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	-16 559 200
- Minderaufwendungen / Mehrerträge aus den Nachtragskrediten von	-6 589 400
<b>sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von</b>	<b>11 904 100</b>

<b>in der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen</b>	<b>Betrag</b>
- den Nachtragskrediten von	49 496 400
- den Kreditübertragungen von	+9 894 900

<b>auf anderen Konten gegenüberstehen:</b>	
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–8 492 400
– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–
<b>sodass sich Netto-Meherausgaben ergeben von</b>	<b>50 898 900</b>

<b>in der Investitionsrechnung Finanzvermögen</b>	<b>Betrag</b>
– den Nachtragskrediten von	250 000
– den Kreditübertragungen von	–
<b>auf anderen Konten gegenüberstehen:</b>	
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–
– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–
sodass sich Netto-Meherausgaben ergeben von	250 000

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Raphaël Tschanz (FDP) die Weisung zu den Nachtragskrediten I. Serie 2019 vor und vertritt die Mehrheit:

**Raphaël Tschanz (FDP):** Die RPK hat festgestellt, dass ausserordentlich viele Nachtragskredite und insbesondere dauerhafte Budgetpositionen beantragt werden. Die Zahl von 41 ist doppelt so hoch wie der langjährige Durchschnitt. Die RPK hat die Verwaltung deshalb um eine Stellungnahme gebeten. Die Verwaltung begründet die Zahl mit organisatorischen Änderungen, die bei der Budgetierung noch nicht bekannt waren oder berücksichtigt werden konnten. Die hohe Zahl der Kontierungsänderungen ist wesentlich auf den neuen Kontenplan in Zusammenhang mit der Einführung des HRM2-Standards zurückzuführen. Das FD weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren keine Budgetreserven kalkuliert worden sind. Diese Feststellung ist korrekt und diese neue Praxis nach Ansicht der RPK sinnvoll, da das Budget nicht dazu da ist, Reserven zu bilden, sondern den Finanzbedarf so genau wie möglich zu beziffern. Ziel aus der Sicht der RPK ist es, dass die Zahl der nötigen Nachtragskredite mit zunehmender Erfahrung mit HRM2 wieder auf das langjährige Mittel sinkt. Abschliessend ist festzuhalten, dass Nachtragskredite keine Grundlage für eine dauerhafte Erhöhung des Budgets darstellen. Vergleichsmaßstab ist stets das bewilligte Budget ohne die Nachtragskredite. Eine Kommissionsminderheit stellt einzelne Anträge zu Krediten im FD und im SSD. Die Mehrheit beantragt Zustimmung zur Weisung, so wie sie der Stadtrat vorlegt.

Kommissionsminderheit:

**Susanne Brunner (SVP):** Wir müssen die Harmonie der übrigen Parteien stören. Die Botschaft der SVP lautet: Das Geld reicht nicht für alles. Dies ist eine Tatsache, die auch die Stadt Zürich akzeptieren muss. Sie hat zwei finanzpolitische Hausaufgaben zu erledigen: Den Abbau der Nettoschulden und die Senkung der Steuern um 3 Prozentpunkte. Das ist die Stadt allen ihren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern längst schuldig in ei-

ner Zeit rekordhoher Steuereinnahmen. Aus diesem Blickwinkel haben wir die Nachtragskredite geprüft. Wir lehnen sie nicht pauschal ab. Die zahlreichen Anträge zeigen, dass die Dienstabteilungen präzise und ohne zu grosse Reserven budgetiert haben, was die SVP begrüsst. Einen Zubau von Stellen sieht die SVP aber kritisch. Natürlich kann man neue Stellen stets mit der wachsenden Stadt begründen. Dagegen sind wir der Auffassung, man müsse mit den vorhandenen Ressourcen besser umgehen. Jede Dienstabteilung muss ihre Aufgaben priorisieren und allenfalls Ressourcen umlagern. Mit knappen Ressourcen auszukommen, führt langfristig dazu, dass es den Bürgerinnen und Bürgern besser geht, weil ihnen nach der Steuersenkung mehr Geld zum Leben bleibt. Dort, wo die Erhöhung des Stellenbestands zur Erledigung wirklich dringender oder lange vernachlässigter Aufgaben führt, sind wir ausnahmsweise einverstanden. Beispiele sind OIZ, da die forcierte Digitalisierung zu langfristigen Einsparungen führen kann, und das AHB, weil der nötige Schulraum bereitgestellt werden muss und die gravierenden Fehler in der Schulraumplanung behoben werden müssen. Wir laden alle Parteien ein, denen nicht nur das Wohl der Stadtverwaltung, sondern jenes des Bürgers am Herzen liegt, unsere massvollen Anträge zu unterstützen. Sollten die Änderungsanträge keine Mehrheit finden, wird die SVP die Dispositivziffern 1 und 2 ablehnen.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite I. Serie 2019 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zur Dispositivziffer 1) zu genehmigen:

#### 2.1 Ordentliche Nachtragskredite

##### Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Susanne Brunner (SVP):** Es geht hier um den Ausbau von 1.0 Stellenwerten im Departementssekretariat des FD. Der Nachtragskredit soll eingesetzt werden «zur strategischen Leitung des wachsenden Aufgabengebiets gemeinnütziges Wohnen / Wohnbauförderung und zur Koordination der Weiterentwicklung und Optimierung der wohnpolitischen Instrumente im Sinne des Drittelsziels und der sozialen Durchmischung». Dies klingt nach einer Stabsaufgabe, auf die verzichtet werden kann. Sieht dies das Department anders, so müssen dafür bereits vorhandene Ressourcen neu zugeteilt werden.

**Shaibal Roy (GLP):** Diese Stelle hat einen konkreten Zweck. Sie ist an ein Teilprojekt im strategischen Schwerpunkt neue und optimierte Instrumente der Wohnbauförderung der Stadt. Dieser Schwerpunkt ist zwingend umzusetzen, weshalb die Schaffung der Stelle begründet ist. Die RPK hat in den Beratungen zudem festgestellt, dass die Durchsetzung von Empfehlungen des Büros für Wohnbauförderung an gemeinnützige Wohnbauträger nicht immer erfolgreich ist, insbesondere hinsichtlich Bestimmung des Rechnungsreglements. Hier kann durch die Stelle Abhilfe geschaffen werden, zudem ist die Bedeutung

der Stelle für die Umsetzung des vom Gemeinderat beschlossenen Drittelsziels klar.

S. 3	20 2000 3010 00 000	Finanzdepartement Finanzdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	55 300		Mehrheit Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
				Abwesend Alan David Sangines (SP)
	Verbesserung	55 300		
	Begründung	Reallokation der vorhandenen Ressourcen		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Susanne Brunner (SVP):** Der Stadtrat begründet den Stellenausbau mit dem Aufbau einer Umsetzungsorganisation für den Kommunalen Richtplan. Auch hier fordern wir eine Neuzuteilung oder eine Optimierung der bestehenden Ressourcen.

**Shaibal Roy (GLP):** Es geht konkret um 3,6 Stellenwerte, die für die Umsetzungsorganisation vorgesehen sind. Das wird im Rahmen des Kommunalen Richtplans so gefordert. Die Unterstützung von Areal- und Projektentwicklung wird für grosse Landreserven benötigt, dabei geht es um weit über 100 Parzellen. Zudem stehen stadteigene grosse Projekte an, wie zum Beispiel Thurgauerstrasse oder Koch-Areal. Dies führt auch zu einem erhöhten Aufwand im Portfoliomanagement. Schliesslich geht es um wichtige Querschnittsprojekte, die bei der Umsetzung Unterstützung brauchen, wie zum Beispiel Masterplan Klima oder Wohnen im Alter.

S. 4	20 2021 3010 00 000 3050 00 000 3052 00 000 3053 00 000	Finanzdepartement Liegenschaften Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten AG-Beiträge an Pensionskassen AG-Beiträge Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	191 100		Mehrheit Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fi- scher (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflü- ger (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
				Abwesend Alan David Sangines (SP)
	Verbesserung	191 100		
	Begründung	Reallokation der vorhandenen Ressourcen in Verbindung mit Repriorisierung der vorhandenen Aufgaben		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Susanne Brunner (SVP):** Hier sollen 3,0 Stellenwerte im Bereich Raumentwicklung und Planung geschaffen werden. Auch hier wird uns vermittelt, dies sei unumgänglich. Wir fordern stattdessen eine Neuzuteilung oder Umlagerung der vorhandenen Ressourcen sowie eine klare Neupriorisierung der Aufgaben.

**Dorothea Frei (SP):** Es geht kaum um bestehende, sondern um neue zusätzliche Aufgaben. So hat der Kanton beispielsweise eine Gewässerraumplanung im Siedlungsgebiet in Auftrag gegeben oder es geht um die Begleitung der Umsetzung der Verdichtungsmöglichkeiten oder um die Entwicklung des Masterplans Stadtklima. Die Stellen sind notwendig, eine der Stellen ist zudem bis 2023 befristet.

S. 11	40 4015 3010 00 000 3042 00 000 3050 00 000 3052 00 000 3053 00 000 3054 00 000	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Verpflegungszulagen AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten AG-Beiträge an Pensionskassen AG-Beiträge Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen AG-Beiträge an Familienausgleichskasse		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	184 400	Mehrheit	Dorothea Frei (SP), Referentin; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Verbesserung	184 400		
	Begründung	Reallokation der vorhandenen Ressourcen in Verbindung mit Repriorisierung der vorhandenen Aufgaben		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roberto Bertozzi (SVP):** Von den 53,1 Stellenwerten sind für uns die 24 Stellen bei der Heilpädagogischen Schule und die 3,1 Stellen für die Schule für Körper- und Mehrfachbehinderte unbestritten. Die Notwendigkeit der 18 Stellenwerte für die Betreuung in der Regelschule sehen wir nicht als gegeben. Wir sind gegen den stetigen Ausbau der Betreuung in der Regelschule und haben uns auch gegen den Ausbau von Mittagstisch und Tagesschulen ausgesprochen.

**Walter Angst (AL):** Der Antrag ist speziell, weil die SVP Stellen für Hortleiterinnen und FaBe-Personen streichen will, aber die Stellen für die Hortmithilfe, also die unterste Charge, belassen. Der Ausbau der Betreuung ist im Zusammenhang mit der beschlossenen Tagesschule zwingend notwendig und mit dieser Streichung wäre er gefährdet. Es fragt sich allerdings, ob es die 3,9 Millionen Franken als Zusatzkredit braucht, weil die Stellen ja erst geschaffen werden müssen. Vergleicht man die Zahlen der letzten Jahre, so ist die Kalkulation durchaus etwas fragwürdig. In der Praxis wird also die von der SVP

*geforderte Kürzung eigentlich realisiert werden, weil die Ausgaben gar nicht so schnell getätigt werden könnten. Ich appelliere an den VSS, der sauberen Planung in diesem Bereich wieder grössere Aufmerksamkeit zu schenken.*

Weitere Wortmeldung:

**Roberto Bertozzi (SVP):** *Ich weise noch einmal darauf hin, dass die geforderte Streichung nur die Betreuung in der Regelschule betrifft. Dort ist es fraglich, ob eine FaBe am richtigen Ort ist, da sie für Horte und Krippen und nicht für Primarschulen ausgebildet ist. Wir sehen aber die Notwendigkeit bei der Heilpädagogischen Schule und bei der Schule für Körper- und Mehrfachbehinderte klar gegeben.*

S. 15	50 5010 3010 00 000 3050 00 000 3052 00 000 3053 00 000 3054 00 000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten AG-Beiträge an Pensionskassen AG-Beiträge Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen AG-Beiträge an Familienausgleichskasse		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	4 518 300	Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
	Neu	2 638 800	Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Verbesserung	1 879 500		
	Begründung	Begrenzung des stetigen Betreuungsausbaus an den Regelschulen (18 Stellenwerte Regelschulen Fr. 1 577 800; plus Sozialabgaben Fr. 301 700)		

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)  
 Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)  
 Abwesend: Alan David Sangines (SP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Für das Jahr 2019 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Nachtragskredite I. Serie bewilligt:

<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>Betrag</b>
1. Nachtragskredite	19 896 000
2. Kreditübertragungen	+15 156 700
	-16 559 200
<b>Nachtragskredite brutto</b>	<b>18 493 500</b>

<b>Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen</b>	<b>Betrag</b>
1. Nachtragskredite	49 496 400
2. Kreditübertragungen	+9 894 900
	-8 492 400
<b>Nachtragskredite brutto</b>	<b>50 898 900</b>

<b>Investitionsrechnung Finanzvermögen</b>	<b>Betrag</b>
1. Nachtragskredite	250 000
2. Kreditübertragungen	-
<b>Nachtragskredite brutto</b>	<b>250 000</b>

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

<b>in der Erfolgsrechnung</b>	<b>Betrag</b>
- den Nachtragskrediten von	19 896 000
- den Kreditübertragungen von	+15 156 700
auf anderen Konten gegenüberstehen:	
- verursachte Minderaufwendungen aus den Kreditübertragungen von	-16 559 200
- Minderaufwendungen / Mehrerträge aus den Nachtragskrediten von	-6 589 400
<b>sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von</b>	<b>11 904 100</b>



9 / 9

<b>in der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen</b>	<b>Betrag</b>
– den Nachtragskrediten von	49 496 400
– den Kreditübertragungen von	+9 894 900
<b>auf anderen Konten gegenüberstehen:</b>	
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–8 492 400
– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–
<b>sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von</b>	<b>50 898 900</b>

<b>in der Investitionsrechnung Finanzvermögen</b>	<b>Betrag</b>
– den Nachtragskrediten von	250 000
– den Kreditübertragungen von	–
<b>auf anderen Konten gegenüberstehen:</b>	
– verursachte Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–
– Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Nachtragskrediten von	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	250 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 17. Juli 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat